

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Rr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Hauptstellen: Geschäftliche Abt.,
Dresden, Bank d. Arbeiter, Un-
ter- u. Ober- u. Fremden, W. G., Dresden,
Gebrüder Krensch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Beschlüsse, bei der Druckerei der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Nachdruckung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abbestellung mit der nächsten Unterhaltungsbeilage. Neben-
blatt: "Kunst", außerdem "Volk und Welt" monatlich 1,50 M., zu-
sätzlich 40 Pf. Ringiergeld. Sonderausg. 1,50 M., zusätzl. 40 Pf. u. Su-
perausg. 2,50 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abbestellung: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Schließtag: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707,
Schließtag von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Kompositivzeile 85 Pf., die
20 mm breite Textzeile 2 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M.,
abhängig von der Länge der Zeile, Familienanzeigen, Dresden, u.
Mittagszeitung 20 Pf. mehr. Bar-Zahlung. 10 Pf. Einzahl. 10 Pf.

Nr. 69

Dresden, Dienstag, den 22. März 1932

43. Jahrgang

Kommunistischer Irrsinn

Die KPD. hat am 18. März von der Wählerschaft einen zweideutigen Denkfettel erhalten. Während die rechtsradikale Hysterie einen mächtigen Stimmengewinn erlangte, war der Gewinn bei den Kommunisten gleich Null. Die Wahlmänner haben aus diesem Mißerfolg nichts gelernt. Die kommunistische Parteizentrale bringt einen neuen Aufruf für die Präsidentenwahl am 10. April und für die Preußenwahlen am 24. April heraus. In diesem Aufruf sind Brüning, Hindenburg, Braun und Seevering ebenfalls als „Begleiter des Faschismus“ genannt. Dann wird die Parole wiederholt, daß der Hauptstoß gegen „die Nachhaber von heute gerichtet“ werden müsse. Also nicht gegen Hitler, nicht gegen die braunen Garden der faschistischen Schwerindustrie, nicht gegen eine Nachahmung russischer Tyrannei in Deutschland.

Wachhaber von heute: das sind Hindenburg und Brüning im Reich, Braun und Seevering in Preußen. Sie sollen also gestürzt werden. Wenn der Wachhaber von heute stirbt, kommt der Wachhaber von morgen. Wer ist das? Hitler! Voraus hervorgeht, daß die kommunistische Zentrale nicht gegen Hitler, sondern als Bundesgenosse Hitlers, als Helfer der faschistischen Schwerindustrie kämpfen will.

Was aber, wenn „der Hauptstoß gegen die Wachhaber von heute“ Erfolg haben würde und der Faschismus an die Macht käme? Würde dann die KPD. den Hauptstoß gegen den Faschismus richten? Gar nichts würde sie dann tun — denn dann würde es keine KPD. mehr geben, und die Verräter des Proletariats aus der kommunistischen Zentrale könnten sich — russische Staatspräsidenten in Moskau im Glanze ihres herofstrahlenden Ruhmes sonnen, die deutsche Arbeiterchaft dem Faschismus ausgeliefert zu haben!

Trotz aller wirtschaftlichen Not sind die Arbeiter am 18. März diesen Verrätern der Arbeiterinteressen nicht gefolgt, sie werden ihnen am 10. und am 24. April noch weniger folgen!

Der dritte Terrorist

Bombenleger Heim kandidiert im 2. Wahlgang?

Gelle, 21. März. Es sind Bestrebungen im Gange, für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl den durch die Bombenlegerprozesse bekannt gewordenen holsteinischen Landvolkführer Claus Heim als Kandidaten aufzustellen. Claus Heim, der wegen der Bombenlegeraffäre im Justizhaus zu Gelle eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, hat bereits seine Zustimmung zur Kandidatur erteilt. Mit der Unterschriftensammlung für den Wahlvorschlag ist bereits begonnen worden. Die Komitierung Claus Heims geht von bäuerlich-revolutionären Gruppen aus.

Die Tarnkappe der SA.



Harzburger Käse

Die nationale Opposition läuft auseinander

D. Was kommen mußte, ist gekommen: man prügelt sich im Lager der Unterlegenen vom 13. März von Tag zu Tag mehr. In der Partei Hitlers geht das noch einigermaßen im stillen vor sich. Aber zwischen Hitler und Eugen-berg, den ehemaligen Bundesgenossen von Harzburg, ist eine ganz hübsche Keilerei im Gange, die noch über das hinausgeht, was sich während des Wahlkampfes zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten getan hat. Das ist aber noch nicht alles: der größte Krach herrscht bei Eugen-berg selbst!

Eugenberg hat geglaubt, daß er auf einem Block steht, der zwar klein, aber immerhin fest ist. Aber ach, dieser Block ist nichts anderes als eine nur sehr lose zusammenhängende Splintermasse. Er ist ebenfalls nicht manövriertfähig, und so hat sich Eugenberg für den zweiten Wahlgang zu der Verlegenheitsparole entschlossen, daß eine aktive Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der zweiten Reichspräsidentenwahl nicht in Frage kommt. Man könnte der Ansicht sein, daß darin eine versteckte Wahlparole für Hitler liegt; wenn dies aber der Fall ist, dann gilt sie jedenfalls nur für die Eugen-berg-Leute, nicht aber für den Stahlhelm. Denn der Stahlhelm tritt nicht für Hitler ein. Nationalsozialisten und Stahlhelmer haben sich im Wahlkampf so miteinander gerauft, daß tiefe Verbitterung übriggeblieben ist. Die Parole Eugenbergs ist deshalb eine vom Stahlhelm erzwungene Verlegenheitsparole.

Dafür schlägt nun die nationalsozialistische Presse munter auf Eugenberg los. Sie nennt die Verlegenheitsparole Eugenbergs ein starkes Stück, eine engstirnige, parteiigottische Einstellung, die über Parteischablone entworfen sei. Und schließlich wirft sie Eugenberg, ausgerechnet Eugen-berg, Fahnenflucht aus dem nationalen Lager vor. Da fehlt nicht mehr viel bis zu der Verschuldigung: Eugen-berg hat der nationalen Front von hinten den Dolch in den Rücken gehohlet.

Zwischen Eugen-berg und dem Stahlhelm ist ebenfalls ein hübscher Krach im Gange. In erster Linie geht es dabei um die Wahlkosten. Der Wahlkampf für

Duesterberg ist in der Hauptsache auf Gump gemacht worden, und nun schiebt einer dem andern die Kosten zu. Der Stahlhelm schiebt die Gläubiger zu Eugen-berg, der wieder zum Stahlhelm.

Neben dem Streit ums Geld geht der Krach um die Schuld an der Niederlage. Im Stahlhelmlager ist man aufs äußerste erbittert über Eugen-berg. Man wirft ihm vor, daß sein Propaganda nicht genügend für Duester-berg eingesetzt worden sei, daß Eugen-berg Duester-berg als Opferlamm vorgeschoben habe, um ihn dann schamlos im Stiche zu lassen. Dazu kommt ein weiteres: Eugen-berg hat geglaubt, durch die Kandidatur Duester-berg den Stahlhelm so an sich zu fesseln, daß er aus einer selbständigen Organisation zu einer reinen Parteitruppe unter Eugen-bergschem Befehl werde. Das will sich nicht unter Eugen-bergs Fücheln nehmen lassen, und so ist man böse aufeinander.

Und dann soll gar noch ein ganz besonderer Krach wegen der Kandidaturen für die Preußenwahlen im Gange sein. Der Stahlhelm hat von Eugen-berg die Aufstellung von Stahlhelmführern an sicherer Stelle der deutsch-nationalen Listen gefordert, und er hat damit Eugen-bergs unbedenkten Punkt getroffen; denn Eugen-bergs ganze innere Parteiloyalität war darauf abgestellt, ihn zum unumschränkten Diktator in der Deutschnationalen Partei zu machen und ihm somit die Möglichkeit zu geben, nur seine Kreaturen mit Mandaten auszustatten. Die Forderung des Stahlhelms ist deshalb von Eugen-berg als Sünde gegen den heiligen Geist seines Blockgedankens empfunden und dementsprechend abgelehnt worden. Der Stahlhelm brüht nun Rache, und es wird behauptet, daß er sich mit dem Vorschlag, bei der Preußenwahl Eugen-berg gleiches mit Gleichem zu vergelten und sich nicht sonderlich für ihn einzusetzen.

Dafür gibt nun wieder Eugen-berg hintenherum für seine Leute die Parole für Hitler aus. Die Deutsche Zeitung, das Organ der Wilden, erklärt, daß sie als überparteiliches Organ alle bisherigen Duester-berg-Wähler auffordere, im zweiten Wahlgang ihre Stimme Hitler zu geben. Wer sind aber die Wilden?

Das Putzmaterial

Es übertrifft alle Erwartungen

SPD. Berlin, 21. März. (Fig. Ver.)

Die Reichspresse schließt aus dem Schweigen der preussischen Regierung über das Ergebnis der Polizeiaktion gegen die NSDAP, daß diese Aktion nicht den erhofften Erfolg gehabt habe. Wir können dazu mitteilen, daß das Ergebnis schon jetzt alle Erwartungen übersteigt, obwohl bisher erst ein Teil des Materials gedrückt ist. Trotzdem wird die preussische Staatsregierung das Material erst veröffentlichen, wenn es ihr angebracht erscheint. Von dieser Einstellung wird sich der preussische Innenminister auch durch das größte Geschrei der Nazipresse und ihrer Trabanten im bürgerlichen Lager nicht abbringen lassen.

Am Montag hatte der preussische Innenminister mit dem Reichskanzler eine längere Besprechung, in deren Verlauf auch das Vorgehen Preußens gegen die NSDAP, erörtert wurde. Wir glauben, nicht zu viel zu sagen, wenn wir feststellen, daß zwischen dem Reichskanzler und der preussischen Staatsregierung hinsichtlich der preussischen Polizeiaktion keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Insofern erübrigt es sich wohl, über den angeblichen Konflikt zwischen Brüning und Seevering noch Worte zu verlieren.

Kräftig blamiert

Der Rechtsanwalt Franz II. Dillers juristischer Berater, hat sich wieder einmal kräftig blamiert. Er hat im Namen der Unterlegenen bei der Reichspräsidentenwahl den Freistaat Preußen und den preussischen Innenminister wegen der Polizeiaktion gegen die NSDAP, beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verklagt. Franz II. hat zugleich beim Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung beantragt, durch die er die preussischen Organe zur Herausgabe des beschlagnahmten Materials zwingen will. Aber die ganze Arbeit ist für die KPD, weil für das beantragte Verfahren nicht der Staatsgerichtshof, sondern die Verwaltungsgerichte zuständig sind. In-

sofern nicht die Klage vom Staatsgerichtshof wegen Unzuständigkeit abgewiesen werden. Wie kann man auch in der Umgebung Dillers, zu der Holbrunn und andere „nationale“ Kämpfer gegen das System zählen, in preussischen Dingen Bescheid wissen.

Putzschlamm auch in Hessen

SPD. Gießen, 21. März. (Fig. Draht.) In Oberhessen sind in der Nacht nach dem Wahlsonntag zur Reichspräsidentenwahl ebenfalls Bewegungen nationalsozialistischer Formationen festgestellt worden. So sind in Gießen etwa 100 auswärtige SA-Mannschaften einquartiert gewesen, während ein Teil der Giesener SA nach auswärts verlegt war. Auch in den umliegenden Ortschaften Gießens waren stärkere Abteilungen von SA-Mannschaften untergebracht. Wenige Tage vor der Wahl wurden zwei Autos mit Uniformen nach der Giesener SA-Kaserne transportiert.

Die Banden üben in Un'form

R. Köln, 22. März. (Fig. Funkpruch.) Der Polizeipräsident von Gladbach-Meibdt teilt mit, daß am Sonntag in einem Hause der Mühlenstraße der S. S. Sturm in dem Augenblick überfallen wurde, als er in verbodenem Uniformen verläßt wurde. Von Gladbach-Meibdt und der ganzen näheren und weiteren Umgebung waren die Mitglieder dem ausdrücklichen Befehl des Sturmführers, „in verbodenem Anzug“ zu erscheinen, gefolgt.

Trotz der hohen Strafe, die die Vertriebsverordnung des Reichspräsidenten gegen einen Verstoß gegen das Uniformverbot vorsieht, waren etwa 150 Personen erschienen. Sie wurden von der Polizei festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt. Dabei wurde den Polizeibeamten wiederholt die Drohung angedroht, daß sie am 24. April (Preußenwahlen) ohne Verbot festgesetzt und die Nationalsozialisten ihre Stellen einnehmen würden. Wegen der großen Anzahl der Festgenommenen war deren sofortige Vorführung vor dem Richter nicht möglich. Sie wurden deshalb nach Feststellung der Personalien vorläufig entlassen. Die Räume in der Mühlenstraße wurden polizeilich geschlossen.